

# Allianz gegen Steuerensenkung

Allianz gegen den Zuger Corona-Steuerbschiss

Vereint, überzeugt und breit aufgestellt ist die Allianz gegen den Zuger Corona-Steuerbschiss. Bis am 3. November 2020 wollen ALG, SP, CSP, Junge ALG, JUSO und der Zuger Gewerkschaftsbund 1500 Unterschriften sammeln, damit es zur Abstimmung kommt.

**Kanton** Als «Massnahme zur Bewältigung des Coronavirus» betitelt, hat der Kantonsrat am 27. August 2020 eine dreijährige Steuerensenkung des Kantonssteuerfusses von 82 auf 80 Prozent beschlossen. Die ALG und SP haben die Steuerensenkung im Kantonsrat bekämpft und gemeinsam Antrag auf ein Behördenreferendum gestellt. Dieser wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Seither hat sich eine breite Allianz formiert: CSP, JUSO, Junge ALG und der Zuger Gewerkschaftsbund sind dazugestossen. Ziel sind 1500 Unterschriften, damit die Vorlage vors Volk kommt.

## Folgen noch nicht absehbar

Die Allianz ist überzeugt, dass die Folgen der Krise noch nicht abseh-



V.l.n.r.: René Windlin, Präsident GBZ; Monika Mathers, CSP; Anna Spescha, Juso; Barbara Gysel, Präsidentin SP; Delia Meier, Co-Präsidentin Junge Alternative; Tabea Zimmermann, ALG.

z.V.g.

bar sind. Es ist fahrlässig, eine Steuerensenkung zu beschliessen, die ein Loch von 45 Millionen in die Kasse reisst, während nicht klar ist, wie sich die Wirtschaftslage entwickeln wird. Und während Bund und Kantone ein Rettungspaket nach dem anderen schnüren müssen.

## Nothilfe und Existenzsicherung

Hilfe muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird. Es müssen jene Ar-

beitsplätze gesichert werden, die gefährdet sind. Selbständigen, Gewerblern und KMU, welchen durch Corona die Einnahmen wegbrechen, nützt eine Steuerensenkung nichts. Genauso wenig den Arbeitnehmenden, die wegen Corona den Job verlieren oder mit Kurzarbeitsentschädigung über die Runden kommen müssen.

## Steuerensenkung heizt Steuerwettbewerb an

Der Kanton Zug ist bereits ein Steuerparadies. Ein weiteres Anheizen des Steuerwettbewerbs ist schlicht nicht zu verantworten. Die Nebenwirkungen sind bekannt: Zugerinnen und Zuger leiden seit Jahren unter steigenden Immobilienpreisen. Mieten sind unbezahlbar, Wohneigentum unerschwinglich geworden. Gleichzeitig wird Steuersubstrat aus anderen Regionen angelockt, das vor Ort dringend benötigt würde. Unterschriftenbögen und alle weiteren Informationen finden Sie im Internet unter der Seite [www.sp-zug.ch](http://www.sp-zug.ch) sowie unter [www.gruene-zug.ch](http://www.gruene-zug.ch).

PD/DK

# Demokratie in der Krise?

Von Luzian Franzini

Dass die direkte Demokratie in Zeiten der Pandemie geschwächt wird, zeigt sich nicht nur an den abgesagten Landsgemeinden in Glarus und Appenzell-Innerrhoden sondern auch bei den Volksrechten in anderen Kantonen.

**ALG** Mit den notwendigen Schutzmassnahmen im öffentlichen Raum ist die Unterschriftensammlung für Volksinitiativen und Referenden schwieriger und teurer geworden. Während Bundesbern letzte Woche bereits reagiert hat und Vereinfachungen für nationale Unterschriftensammlungen beschlossen hat, gelten auf kantonaler Ebene erschwerte Sammelbedingungen.

Trotz aller Hindernisse haben die Alternativen – die Grünen gemeinsam mit anderen Parteien und den Gewerkschaften das Referendum gegen den Corona-Steuertrick ergriffen. Als einziger Kanton plant Zug eine Steuerensenkung als Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Dies ist unsolidarisch den anderen Kantonen, dem Gewerbe und Familien mit mittleren und kleinen Einkommen gegenüber. Eine Familie mit einem Einkommen von 50'000 Franken würde mit dieser Vorlage 0 (null!) Franken sparen, eine Familie mit einem Einkommen von 200'000 Franken jedoch über 1'700 Franken. Noch viel mehr profitieren Millionäre und Krisengewinner.

Der Steuertrick ist paradox: Je mehr ein Geschäft oder eine Familie unter Corona leidet, desto weniger haben



Luzian Franzini, Kantonsrat ALG Stadt Zug

z.V.g.

sie von diesem Konstrukt. Schon lange zeigt sich zudem: Je tiefer die Steuern, desto höher die Mieten.

Auch wenn Sie sich noch keine Meinung gebildet haben, lege ich es Ihnen ans Herzen, das Referendum zu unterschreiben. Nur so gibt es eine breite Debatte über Sinn und Unsinn dieser Massnahmen und die längerfristigen Auswirkungen für den Zuger Mittelstand. Gerade in einem Kanton, in welchem 30 % der Stimmbewölkerung nicht in der Regierung vertreten ist, braucht es auch in der Krise Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bevölkerung. Unterschriftenbogen finden Sie auf [www.steuerbschiss-nein.ch](http://www.steuerbschiss-nein.ch). Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

# JGLP necken Gewerbeverband

Abstimmungskampf kommt in die heisse Phase

Am Donnerstag haben die Jungen Grünliberalen Zug dem Gewerbeverband des Kantons Zug einen Brief und einen Schnuller mit der Aufschrift: «Bear Hugs for Daddy» übergeben.

**Kanton** Mit der Schnulleraktion necken die Jungen Grünliberalen die konservative Haltung des Gewerbeverbandes gegenüber der Vaterschaftsurlaub Vorlage von gerade zwei Wochen. Um die Aussage zu unterstreichen, haben sich die Jungpolitiker gegensätzlich zu den traditionellen Geschlechterrollen angezogen: Die Herren in Küchenschürze und mit Kinderwagen - die Dame in Businesskleidung. Im Brief weisen Sie den Gewerbeverband mit einem Augenzwinkern darauf hin, dass das 21. Jahrhundert bereits seit 20 Jahren angebrochen sei. Wenn gewisse Dinge wie Rollenverteilung im vergangenen Jahrhundert noch klar aufgeteilt waren, dann gilt es, diese neu zu überdenken. Die Argumente des Gewerbe-



Links Co-Präsident Klemens Iten und Tabea Estermann von den Jungen Grünliberalen Zug. Sie sind der Meinung, dass ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub durchaus realistisch ist.

z.V.g.

verbandes gegen die bescheidenen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub bringen sie zum Schmunzeln und im Brief reden die Jungen Grünliberalen dem Gewerbeverband gut zu.

## Kein Chaos in anderen Ländern

Die Länder rund um die Schweiz, welche Elternzeit von mehreren Monaten haben, seien nicht im Chaos versunken. Auch habe Pierre Triponez im 2005 bewiesen, dass der Gewerbeverband eine positive Kraft für vollkommen überfällige gesellschaftliche Änderungen sein könne. Er habe im 2005 (!) massgeblich zur Einführung des Mutterschaftsurlaubes beigetragen. Weiter gibt es auch wirtschaftliche Vorteile von Gleichstellung und wenn der Gewerbeverband kein Update ins 21. Jahrhundert vornehme, könnte das allenfalls zu Problemen führen. Die Jungpolitiker vergleichen es neckisch mit einem veraltetem Betriebssystem, das möglicherweise bald nicht mehr alle Funktionen ausüben könne ohne Update. Damit das nicht passiert mit der Schweiz, setzten sich die Jungen Grünliberalen für den Vaterschaftsurlaub ein. Es ist Zeit. Alle weiterführenden Informationen finden Sie im Internet unter [zug.jungegrunliberale.ch](http://zug.jungegrunliberale.ch).

PD/DK

# Überregulierter Schilderwald

Von Roger Wiederkehr

Ich möchte kurz ein anderes Thema aufgreifen als Corona oder die bevorstehenden Abstimmungen. Dazu wird bereits genug geschrieben.

**CVP** Unsere Familie ist Hundebesitzer und dadurch bin ich relativ viel zu Fuss in unserer Gemeinde Risch und insbesondere in Rotkreuz unterwegs. Durch die ausgeweitete Leinenpflicht muss ich mich nicht auf den Hund konzentrieren, sondern kann mir die Gegend zu Gemüte führen.

Dabei ist mir aufgefallen, wie viele unnütze Verbotstafeln, Gebotstafeln und Hinweisschilder aufgestellt sind. Es ist ein wahrer Schilderwald, der nur eine sehr mässige Beachtung findet. Man könnte feststellen, dass die Schilder wohl da sind, aber keinen kümmert es. Es sind schlicht zu viele Schilder, die ihre Wirkung überwiegend verloren haben. Wer kümmert sich schon um ein Verbot für Fahrräder, dabei wären auch Mountainbikes gemeint.

Entlang der Reuss in Rotkreuz findet sich ein Paradebeispiel von einem Fahrradverbot, welches eine Totalignoranz erfährt. Ich habe festgestellt, dass allgemeine Fahrverbote aufgestellt sind, da würden die Eigentümer mit ihrem Auto nicht mal mehr legal zu ihren eigenen Garagen fahren können. Auf dem Sportparkareal herrscht ein Hundeverbot, sodass man sich nicht mal mehr einen Fussballmatch mit einem Hund ansehen kann. Ich meine, dieses Hundeverbot hat keine Rechtsgrundlage und wurde ziem-



Roger Wiederkehr, Kantonsrat CVP Risch-Rotkreuz

z.V.g.

lich willkürlich aufgestellt. Durch die Überregulierung sollten wir nun die Umkehrsituation beschildern. Es ist wohl in Zukunft einfacher das Erlaubte zu beschildern.

Für die Polizei stellt dieser Verbotswald eine schwierige Situation dar. Sie muss die Verbote durchsetzen und Bussen verteilen. Um all die Verbote durchzusetzen, müssten wir grundsätzlich das Polizeicorps verdoppeln, um Herr der Lage zu werden und das kann es wohl nicht sein. Schaffen wir also all die unnützen Verbots- und Gebotstafeln ab. Dies ist ein dringender Appell an die Gemeinden und an den Kanton ihren Schilderwald so zu reduzieren, dass man durch die geringe Anzahl Verbote auch wieder eine Chance hat, diese zu beachten. Je weniger Verbote und Gebote, desto mehr Beachtung.

# Diskussion zur Kündigungsinitiative

Diskutieren Sie mit Experten und Zuger Politikern

Am Freitag, 18. September 2020, von 14-18 Uhr, findet auf dem Bundesplatz in Zug eine Heissluftballonaktion für ein kräftiges Nein zur Kündigungsinitiative statt.

**Zug** Die Passanten diskutieren auf dem Bundesplatz mit bekannten Exponenten und Zuger Politikern zum Thema Kündigungsinitiative. Sie können sich als Ballonfahrer im Heissluftballon fotografieren lassen und erhalten anschliessend das Bild. Es werden Flyer und «Gummibärli» verteilt und die Kinder können sich an weissen und roten Luftballonen erfreuen. Das Corona-Schutzkonzept wird eingehalten.

PD/DK



V.l.n.r.: Klemens Iten, Andreas Lustenberger, Karen Umbach, Manuela Weichelt, Cédric Schmid).

z.V.g.